

pressezentrale einheit
b e m
unity press centre

MOLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: 49 203 340395, TELEFAX: 49 203 339229(BRD)
6 STOKES NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XN, TELEPHONE/FAX: 44 1 923 1982 (U K)
BÜRO ADIMLAR, DONAU STR. 104', 1 BERLIN 44, TELEFON: 4930 6876554, FAX: 4930 6876019

17. April 1990

OSTERN IST VORBEI: SARGIN UND KUTLU IMMERNOCHE IM TODESFASTEN

- x Minister für Gesundheitswesen: " Sie wollen die Aufmerksamkeit auf sich lenken."
- x Sargin und Kutlu: "Wir sind kein Abenteurer. Die Lage in unserem Lande ist sehr ernst."
- x İnönü forderte die sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu sowie von İsmail Beşikçi
- x Unterstützung aus Paris , London , Athen und Berlin

Ankara- Am 12. Tag des unbefristeten Hungerstreiks von Dr. Nihat Sargin, Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, und Haydar Kutlu, Generalsekretär der Partei, erklärten ihre Rechtsanwältin, dass Dr. Sargin unter niedrigem Blutdruck leidet. Das Justizministerium hat immernoch den Antrag der Ärztekammer von Ankara nicht beantwortet, die beiden Politiker durch Ärzte der Kammer untersuchen zu lassen. Ferner hat die Leitung der Zentralen Geschlossenen Haftanstalt von Ankara dem Antrag von Sargin und Kutlu nicht beantwortet, ins Krankenrevier des Gefängnisses verlegt zu werden.

Inzwischen haben Sargin und Kutlu die Behauptungen des Ministers für Gesundheitswesen Halil Şıvgın beantwortet, sie seien in dem Hungerstreik getreten, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Sargin und Kutlu meinten gegenüber der Zeitschrift "Tempo": "Wir sind kein Abenteurer. Wir haben diesen Beschluss nicht in einer Nacht gefasst. Unsere Aktion ist kein Selbstmord. Im Gegenteil, wir wollen ein Licht für Demokratie anzünden. Wenn wir gemeinsam zeigen können, dass Demokratie und Freiheit mit dem Menschenleben gleichwertig sind, besteht für unser Land die Möglichkeit, die Demokratie zu einer Lebensweise zu machen."

Erdal İnönü, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) verlangte am Wochenende während der Vorstandssitzung seiner Partei die sofortige Freilassung von Sargin, Kutlu und İsmail Beşikçi, der aufgrund des Artikels 142 des türkischen Strafgesetzbuches vor kurzem verhaftet wurde.

Der stellvertretende Vorsitzende der Wohlstandspartei (RP) Rıza Uluçak erklärte gegenüber den Funktionären der TBKP die Unterstützung seiner Partei für Sargin und Kutlu und meinte: "Die Gedanken kann man nicht fesseln. Die Regierung hat mehrmals versprochen die Artikel 141, 142 und 163 abzuschaffen. Sie kann in vielen anderen Themen Erlasse in zwei Stunden herausgeben, doch weigert sie sich, diese Artikel zu ändern."

Paris- Rechtsanwalt Henri Noguere, Ehrenvorsitzender der Organisation für Menschenrechte Frankreichs, Senator Charles Ledermann und Journalist Gazi Siyavuş protestierten bei einer Pressekonferenz in Paris die strenge Haltung der türkischen Regierung im Fall von Sargin und Kutlu. Die Redner, die zugleich an der letzten Verhandlung am 6.4.1990 in Ankara teilgenommen haben, betonten, dass Sargin und Kutlu nichts übrigblieb sich in dieser Weise zu wehren.

London- Richard Balfe, Mitglied des Ausschusses "Türkei-EG" setzt sich für das Leben für Sargin und Kutlu ein. Der englische Politiker, der mehrmals in der Türkei war, nahm Kontakte mit der türkischen Regierung auf, um eine Lösung zu finden.

Parlamentarier des Britischen Unterhauses sowie des Oberhauses sammeln Unterschriften, um für die Rettung von Sargin und Kutlu mitzuwirken.

Der berühmte englische Politiker Tony Benn, Labour Party, nimmt an einer Pressekonferenz im Britischen Parlament teil, um die Lage in der Türkei und den Hungerstreik von Sargin und Kutlu zu erläutern.

Athen- Der berühmte griechische Komponist Mikis Theodorakis und der derzeitige Staatsminister der neuen griechischen Regierung nahm mit Turgut Özal, Staatspräsident der Türkei, Kontakte auf, damit Sargin und Kutlu freigelassen werden.

Griechische Intellektuelle, Gewerkschafter, Journalisten und Politiker organisierten vor der türkischen Botschaft in Athen einen 48-stündigen Hungerstreik, um sich mit Sargin und Kutlu zu solidarisieren. In dem Aufruf der Aktion heisst es: " Während im ganzen Europa Winde der Demokratie und des Friedens wehen, kann man es nicht fassen, dass in der Türkei Tausende von Menschen in den Kerkern sitzen, dass die Kommunistische Partei immernoch verboten ist und die Massenorganisationen unter politischem Druck stehen."

Berlin- Ingrid Stahmer (SPD), Bürgermeisterin von Berlin schickte an die Botschaft der Türkei in Bonn einen Brief, um ihre tiefe Betroffenheit über die Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches auszudrücken. In dem Brief heisst es unter anderem: " Die Ankündigung, die Türkei sei auf dem Weg zur Demokratie, wird nicht zuletzt an der Rechtstaatlichkeit in Ihrem Lande und konkret am Schicksal der Gefangenen Sargin und Kutlu bewertet werden."

In dem Protestschreiben der Alternativen Liste an Ministerpräsident Yildirim Akbulut wird unterstrichen, dass "gerade in Berlin die Menschen in den vergangenen Monaten erfahren, wie wichtig Demokratie, Frieden und Achtung der Menschenrechte sind." AL forderte von dem Ministerpräsidenten die sofortige Freilassung von Sargin, Kutlu und allen politischen Gefangenen.

Ausländerzentrum der Evangelischen Studentengemeinden in Berlin, Sozialistische Jugend Deutschlands-Falken, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB forderten in Protestschreiben die Freilassung von Sargin, Kutlu und politischen Gefangenen in der Türkei.

In dem Schreiben der Internationalen Liga für Menschenrechte an die türkischen regierenden Persönlichkeiten heisst es: "In einem Land, das Vereinten Nationen und der NATO angehört, sowie der Europäischen Gemeinschaft beitreten will, sollte die strikte Einhaltung der Menschenrechte auf Meinungs- und Organisationsfreiheit selbstverständlich sein. Wir sind der Auffassung, dass mit diesen Rechten die Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches unvereinbar sind."